

## Positive Resonanz für das Landwirtschaftshilfeprogramm

Da die polnische Situation voller Widersprüche ist, mag es vielleicht nicht überraschen, daß ungeachtet des fehlenden gesellschaftlichen Dialogs auf einem anderen Feld zwischen Episkopat und Regierung eine Einigung möglich scheint. Der in der Nachkriegsgeschichte Europas beispiellose Plan des polnischen Episkopats und der europäischen Bischofskonferenz für die *Entwicklung und Modernisierung der privaten Landwirtschaft* einschließlich des Handwerks und des Handels findet bei den polnischen Behörden offensichtlich zunehmend positive Resonanz. Zumindest erklärte Regierungssprecher *Urban* die positive Grundhaltung der Regierung zu der Landwirtschaftshilfe. Die Kirche denkt dabei an eine aus westlichen Spenden gespeiste Stiftung. Da es im polnischen Recht die juristische Institution einer Stiftung nicht gibt, sei die Regierung bereit, einen entsprechenden Gesetzentwurf aus-

zuarbeiten (Trybuna Ludu, 5. 8. 83). Die seit längerem vorbereitete kirchliche Hilfsmaßnahme, eine „Hilfe zur Selbsthilfe“ für die Kleinbauern und Handwerker, erübrigt aber auch in Zukunft nicht die kurzfristig wirksame Hilfe von Paketsendungen für die von der Inflation besonders betroffenen Familien und Rentner.

Das Engagement der katholischen Kirche Polens in so unterschiedlichen Bereichen wie der Auseinandersetzung um die politische Absicherung des „Normalisierungs“-prozesses in Polen und der Konzipierung eines Hilfsprogramms für die polnische Landwirtschaft unterstreicht die Präsenz der Kirche in nahezu allen Bereichen der polnischen Wirklichkeit, macht aber auch die Grenzen kirchlichen Einflusses deutlich: Sie kann Schlimmeres verhindern, konkrete Nöte mit ihrer Caritas lindern, aber es liegt außerhalb ihrer Kräfte, gesellschaftlich-politische Erneuerung *im Namen* der Gesellschaft durchzusetzen.

Dieter Bingen

## Bischöfliche Kritik an den Sozialisten

### Wachsende Spannungen zwischen Kirche und Regierung in Spanien

Mitten in die politische Sommerpause plazierte die Spanische Bischofskonferenz ihre erste scharfe Stellungnahme gegen die Politik der seit 1982 mit absoluter Mehrheit regierenden *Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE)*. In einem am 29. Juli veröffentlichten Dokument zur Glaubenssituation des spanischen Volkes und zur Lage der Kirche nach dem *Papstbesuch* vom vergangenen November machen die Bischöfe auf die wachsende Tendenz der Partei aufmerksam, „eine vom agnostischen Humanismus geprägte Wertordnung“ zu propagieren und politisch umzusetzen, die wesentlich „vom kulturellen und sittlichen Erbe“ des spanischen Volkes abweiche. Ebenso eindeutig abgrenzend heißt es anderer Stelle, die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei sei ihrem Ursprung nach laizistisch; dies treffe auch auf ihr jetziges Parteiprogramm und ihre Politik zu, „die in wesentlichen Punkten von der katholischen Lehre abweichen“.

### Unter dem Eindruck einer Kampfansage

Diese grundsätzliche, am ideologischen Kern der Partei ansetzende Kritik deutet darauf hin, daß die spanischen Bischöfe ihre in den letzten Monaten eingenommene mißtrauische Habachtstellung gegenüber der sozialistischen Regierung aufgeben wollen und sozusagen zur Mobilmachung übergehen, indem sie die Katholiken in direkter Form vor kirchenfeindlichen Einflüssen warnen. Da die Bischöfe sich zu den konkreten Reibungspunkten, die Gesetzentwürfe zur Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs und zur Neuordnung des Schulwesens, mehrfach und sehr entschieden geäußert haben, ist mit diesen allgemein regierungskritischen Aussagen der *Eindruck einer*

*Kampfansage* entstanden, was die Diskussion um die strittigen Gesetzesvorlagen noch verschärfen dürfte.

Zu der geplanten *Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs* unter bestimmten Indikationen hatte sich am 5. Februar die Ständige Kommission der Bischofskonferenz und am 25. Juni die Vollversammlung geäußert. Die bei der letzten Vollversammlung einstimmig verabschiedete, aber erst Mitte Juli veröffentlichte Erklärung befaßt sich nicht mehr mit der ethischen und moraltheologischen Wertung des Schwangerschaftsabbruchs, sondern wendet sich gegen die Minderung des Rechtsschutzes Leben im Falle der Straffreiheit („Wir haben vor allem eins im Blick: die unverzichtbare Pflicht des Staates, das Recht auf Leben zu schützen“, – zit. nach *Vida Nueva*, 23. 7. 83). Der Sekretär der Bischofskonferenz, *Fernando Sebastián*, forderte die Parlamentarier auf, nach ihrem Gewissen und nicht nach der Generallinie der Partei zu stimmen. – Zum gleichen Zeitpunkt veröffentlichte das „Zentrum für soziologische Studien (CIS)“ einen Bericht, nach dem 75 Prozent der Spanier eine Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs wünschen (nach der Umfrage befürworteten 50 Prozent eine Beschränkung auf bestimmte Indikationen, 25 Prozent sprachen sich für eine weitergehende Regelung aus).

Auf ebenso entschiedenen Widerstand der Kirche stößt die geplante *Reform des Schulwesens*. Der am 29. Juni vom Ministerrat beschlossene Gesetzentwurf sieht u. a. die Neuordnung des Privatschulwesens vor, von der die katholische Kirche als erste betroffen ist, da die Schulen in kirchlicher Trägerschaft ein gutes Drittel der Schulplätze stellen. Die Neuordnung war notwendig geworden, nachdem die von den konfessionellen Schulträgern wie auch

vom Staat angestrebte Schulgeldfreiheit eine Finanzierung durch öffentliche Mittel erforderlich machte. Obwohl die Regierung der Kirche weitgehende Garantien zusicherte, richtete sich diese auf schwierige Verhandlungen ein. So wies Papst Johannes Paul II. bei seinem Spanien-Besuch mit Nachdruck auf das *Erziehungsrecht der Eltern* hin und forderte Garantien für den Religionsunterricht an öffentlichen Schulen.

Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf ist nach Auffassung der Bischöfe wie der Trägervereinigung katholischer Schulen unzureichend. Die Vollversammlung der Bischöfe verabschiedete am 24. Juni eine Erklärung, die in sachlicher Form die Vorstellungen der Kirche über eine gesetzliche Neuregelung „ohne Diskriminierung und ohne Privilegien“ darlegt. Die *Vereinigung der an Schulen tätigen Ordensleute (FERE)* warf der Regierung Anfang Juli vor, der Gesetzentwurf mißachte die gesellschaftlichen Realitäten Spaniens und in der Verfassung verankerte Bürgerrechte und -freiheiten. Es entstehe der Eindruck, als dulde der Staat die Privatschulen, solange es an öffentlichen Schulen fehle, und bereite ihre Eingliederung in die staatliche Einheitsschule vor.

### Staatsmonopolistische Tendenzen?

Der Vorsitzende der bischöflichen Bildungskommission, Erzbischof *Eliás Yanes* von Saragossa, nannte im spanischen Fernsehen zwei konkrete Einwände gegen den Gesetzentwurf: die finanziellen Garantien reichten nicht aus, um von den privaten Trägern Schulgeldfreiheit verlangen zu können; zum anderen sehe die Vorlage die Einrichtung von sogenannten Schulkommissionen vor, die die notwendige Autonomie der freien Träger „eliminiert“. Über einzelne strittige Artikel des Gesetzentwurfs hinaus nährte die gesamte Vorlage den *Verdacht der Kirche auf zunehmende staatsmonopolistische Tendenzen* in dem sozialistisch regierten Land. Die kirchlichen Träger sowie Elternvereinigungen und Familienverbände vermißten außerdem eine Würdigung der kirchlichen Verdienste um Erziehung und Bildung in Spanien oder zumindest die pragmatische Anerkennung ihrer Leistungsfähigkeit auf diesem Sektor. In der Tat verrät der Gesetzestext nicht gerade Wertschätzung für das Privatschulwesen, aus dem Spanien – bis heute – die geistige Elite erwächst.

Der *Stimmungsumschwung* in der spanischen Kirchenführung innerhalb eines Jahres hat mehrere Ursachen. Das zunächst erfreulich unverkrampfte Verhältnis zwischen Regierung und Kirche mußte sich im politischen Alltag erst bewähren. Daß dies nur zu einem Teil gelungen ist, liegt nicht nur an der Unterschiedlichkeit der Standpunkte, die in wichtigen politischen Reformvorhaben (Gesetzesänderungen zu Ehescheidung, Abtreibung und Schule) erwartungsgemäß zu Kontroversen führen mußten, sondern an der offensichtlichen Diskrepanz zwischen oberhirtlicher Lehre und der Meinung im Volk. Es hat sich nämlich gezeigt, daß die spanische Bevölkerung wie in der Ehescheidungsdiskussion auch in der Schulfrage zu einem beträchtlichen Teil anders denkt als die Bischöfe.

So ist die Meinung, christlich erziehen könne man ebenso an staatlichen Schulen, auch unter Katholiken weit verbreitet, und in den mittleren und unteren Schichten (wenn nicht auch in der politisch links orientierten Oberschicht) gelten die Privatschulen häufig noch als undemokratisches, klassenbewußtes Relikt, für dessen Erhalt man sich nicht engagieren mag. Nach einer Studie über die pastorale Situation der Erzdiözese Madrid hält die Mehrheit der Befragten die konfessionellen Schulen für eine Randerscheinung der Pastoral (*Pro Mundi Vita* 30/83). Die Bischöfe bewegt also die berechtigte Sorge, das Kirchenvolk gehe ohne Furcht vor Substanzverlust in der „neuen Gesellschaft“ auf und übernehme deren Normen und Verhaltensmuster allzu kritiklos. Vor allem die *Jugend* drohe dem Trugschluß zu erliegen, unter den Sozialisten sei alles erlaubt, was unter Franco verboten war. Die spanischen Katholiken, so heißt es im jüngsten Dokument der Bischofskonferenz, dürften nicht die Traditionen über Bord werfen, sondern müßten sich an eine Umwelt gewöhnen, die der Kirche und ihrer Lehre fernstehe. Es scheint, daß die Kirchengspitze ihren Platz in der pluralen Gesellschaft weitaus schneller gefunden hat als die aus dem engen Rahmen eines geschlossenen, formalistischen Staatskatholizismus in neue politische und gesellschaftliche Freiheiten entlassene katholische Bevölkerung. So erscheint die Kirche nach dem personellen Wechsel an der Spitze und dem Ende der Ära des Kardinals *Tarancón*, der lange Jahre Erzbischof von Madrid und Vorsitzender der Spanischen Bischofskonferenz war, vielen als unbequeme, Gestrige predigende Mahnerin, als „involutive“, rückwärtsgewandte Kraft. Die Medien festigen diesen Eindruck, und die Bischöfe haben den Gläubigen bisher nicht vermitteln können, daß der Kirche unter dem neuen politischen System andere Herausforderungen erwachsen sind.

### Erste Aufgabe: Vertiefung des Glaubenslebens

Andererseits zeigen einflußreiche Bischöfe, darunter auch der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Erzbischof *Gabino Díaz Merchán*, die Tendenz, die „schwierigen Zeiten für die Kirche“ zumindest indirekt als Folge des politischen Wechsels darzustellen. Die heute offen zutage tretenden Schwächen des spanischen Katholizismus hätten ihre Wurzeln vor dem Regierungswechsel, heißt es dazu in einem Kommentar der Priesterzeitschrift „*Vida Nueva*“ (16. 7. 83) kritisch. Dazu zählt die mangelnde Präsenz der Kirche unter der Arbeiterschaft und den Intellektuellen ebenso wie die allgemeine Glaubensschwäche eines vom Traditionskatholizismus geprägten Kirchenvolkes.

Dabei sind die Veränderungen im kirchlichen Leben Spaniens, soweit sie statistisch meßbar sind, mit denen anderer, von Säkularisierungstendenzen erfaßten Länder durchaus vergleichbar. Der *Gottesdienstbesuch* ging seit 1970 um 5,5 Prozent zurück (die Zahl dürfte in den nächsten Jahren aufgrund des sich in Spanien verspätet auswir-

kenden Säkularisierungsphänomens noch beträchtlich ansteigen). Im vergangenen Jahr besuchten durchschnittlich 29 Prozent der spanischen Katholiken die Sonntagsmesse. Die Zahl der Gottesdienstbesucher ist in den südlichen Gegenden ungleich niedriger als in den nördlichen Landesteilen: sie reicht von unter 15 Prozent in den ländlichen Gegenden Andalusiens bis zu über 50 Prozent in mindestens 7 nordspanischen Diözesen (Quelle: Statistisches Büro der katholischen Kirche in Spanien). In der Hauptstadt Madrid haben nur 10 Prozent der Jugendlichen Kontakt zur Kirche. 40 Prozent der Madrider Katholiken identifizieren sich „wenig“ mit der Kirche, 15,5 Prozent „wenig oder überhaupt nicht“, 5,7 Prozent „ganz“ und 8,4 Prozent „sehr“. Fast 36 Prozent wünschen sich „radikalere Veränderungen“ in der spanischen Kirche.

Wie aus dem Dokument der Bischöfe über das kirchliche Leben in Spanien hervorgeht, werden die pastoralen Anstrengungen der Kirche in den nächsten Jahren der Vertiefung und Erneuerung des Glaubenslebens gelten. Die Bischöfe haben erkannt, daß die Kirche unter der breiten Bevölkerung an Boden verliert. Die Erkenntnis, daß der Substanzverlust in den eigenen Reihen gefährlicher sein kann als die Auswirkungen kirchenfeindlicher politischer Reformen, setzt sich in Spanien wie auch in anderen europäischen Ortskirchen nur langsam durch. Mit der Aussage aus dem jüngsten Dokument „Wir vertrauen darauf, daß der spanische Katholizismus über ausreichendes menschliches Potential und die geistige Kraft verfügt, um ohne Dünkel, aber auch ohne Komplexe die Probleme der Gegenwart und der Zukunft zu bewältigen“ macht die spanische Kirche sich wohl selbst Mut. *Gabriele Burchardt*

## Einheit der Kirche – Erneuerung der menschlichen Gemeinschaft

### Die sechste Vollversammlung des ÖRK in Vancouver

„Der Ökumenische Rat der Kirchen ist ein besonderes Instrument der ökumenischen Bewegung“ – so heißt es in einem der Berichte, die auf der Vollversammlung des ÖRK in Vancouver erarbeitet und gebilligt wurden. An diesem knappen Satz läßt sich einiges verdeutlichen: Er macht zunächst klar, daß die *Ökumenische Bewegung nicht mit dem 1948 gegründeten Weltrat identisch* ist, sondern sich darüber hinaus auf sehr vielen verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Formen abspielt. Allerdings gibt es keine andere Institution, die so viele Kirchen unterschiedlichster Größe, Tradition und konfessioneller Prägung zusammenführt. Unter den gegenwärtig 304 *Mitgliedskirchen* des ÖRK aus allen Erdteilen sind große Kirchen wie die Russisch-orthodoxe Kirche oder die Church of England, aber auch zahlreiche Kirchen, die nur einige Zehntausend Mitglieder zählen. Er umfaßt die altorientalischen Kirchen ebenso wie Pfingstler oder Baptisten.

Nicht nur diese Vielfalt hat immer wieder zu Spannungen innerhalb des Rates und mit einzelnen Mitgliedskirchen geführt; dazu kamen vor allem in den letzten fünfzehn Jahren Konflikte, die sich aus dem Neben- und Ineinander der verschiedenen Zielsetzungen des ÖRK ergeben. In der Verfassung des Weltrates wird an erster Stelle die Aufgabe genannt, die Kirchen zu dem Ziel der sichtbaren Einheit aufzurufen; dazu treten u. a. die Ziele, das Zusammenleben der menschlichen Familie in Gerechtigkeit und Frieden zu fördern und zur Erneuerung der Kirche zu ermuntern.

Die sechste Vollversammlung des Weltrates, die vom 24. Juli bis 10. August im kanadischen Vancouver tagte und unter dem Thema „Jesus Christus – das Leben der Welt“ stand, hat keines der Probleme aus der Welt ge-

schaft, die mit der Struktur des ÖRK und mit manchen seiner theologischen und gesellschaftspolitischen Akzentsetzungen zusammenhängen. Sie hat aber auch gezeigt, daß der Rat nicht nur ein besonderes, sondern auch ein unentbehrliches und produktives Instrument der Ökumenischen Bewegung darstellt, zu dem es gegenwärtig keine Alternative gibt.

### Spannungen nach Nairobi

Der Weg des ÖRK nach Vancouver war durch Höhen und Tiefen gekennzeichnet. Auf der fünften Vollversammlung, die Ende 1975 in Nairobi stattfand (vgl. HK, Februar 1976, S. 93–99), war es trotz heftiger Kontroversen in Sachen Menschenrechte im ganzen nicht zu den befürchteten Konfrontationen und Polarisierungen gekommen. Die in Nairobi verabschiedeten Richtlinien für die Programmgestaltung des Rates bemühten sich um *Integration*: Dem Rat solle es um ein gemeinsames Verständnis des Evangeliums und der Tradition in den Kirchen wie um die Konkretisierung des christlichen Glaubens an einem bestimmten Ort gehen; alle Programme sollten so geplant und durchgeführt werden, „daß die christliche Grundforderung, sich am Kampf für Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit zu beteiligen, zum Ausdruck kommt und gleichzeitig festgehalten wird, daß alles Handeln und aller Einsatz der Kirchen im biblischen Glauben gründet“. Darüber hinaus gab die Vollversammlung die Empfehlung, die Arbeit des ÖRK solle als eine „alles umfassende Ganzheit“ gesehen werden.

Das Bild, das der Weltrat in den Jahren nach Nairobi und bei der Umsetzung der dort beschlossenen Programm-